

Pressemitteilung

Nr.: 271/2022

Potsdam, 26. Juni 2022

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13
14467 Potsdam

Pressesprecher: Gabriel Hesse

Telefon: +49 331 866-5040

Mobil: +49 170 45 38 688

Internet: <https://msgiv.brandenburg.de>

Twitter: https://twitter.com/MSGIV_BB

Mail: presse@msgiv.brandenburg.de

Nachgefragt und gut beraten: Flyer zur Arbeit der Landesantidiskriminierungsstelle neu aufgelegt

Gleichheit, Vielfalt, Toleranz und Respekt: Diesen Werten hat sich Brandenburg bereits mit der vor 30 Jahren beschlossenen Landesverfassung verpflichtet. Dazu gehört auch der Schutz vor Diskriminierung. Dies ist Aufgabe der im Sozialministerium angesiedelten Landesstelle für Chancengleichheit und Antidiskriminierung. Über die Arbeit der Landesstelle informiert ein Flyer, der jetzt in einer Neuauflage erschienen ist. Er steht auf der Internetseite des Ministeriums unter <https://msgiv.brandenburg.de> (Menüpunkt: Service – Publikationen) zum Download bereit oder kann dort kostenlos bestellt werden.

Die Landesstelle für Chancengleichheit und Antidiskriminierung ist **Anlaufstelle für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger**, die von Diskriminierung betroffen sind. Sie bietet eine kostenlose, auf Wunsch anonyme Beratung an, leistet Unterstützung, erteilt Auskünfte, informiert über Rechte und Rechtsschutzmöglichkeiten der Betroffenen und vermittelt Kontakte an zuständige Behörden.

Grundlage für die Arbeit der Landesstelle ist neben der Landesverfassung das 2006 in Kraft getretene **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz**. Dessen Ziel ist es, Benachteiligungen zu verhindern oder zu beenden, die auf ethnischer Herkunft, rassistischen Gründen, dem Geschlecht, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, dem Alter oder der sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität beruhen.

Im vergangenen Jahr hat die Landesstelle **70 Beratungsanfragen bzw. Diskriminierungsbeschwerden** bearbeitet. 37 Fälle betrafen den Anwendungsbereich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (privater Rechtsverkehr und Arbeitsleben). 21 Fälle bezogen sich auf das Handeln von Behörden und 12 auf sonstige Anliegen. Am häufigsten waren die Diskriminierungsmerkmale Behinderung (24 Beratungsfälle), gefolgt von ethnischer bzw. nicht deutscher Herkunft oder Fragen der erforderlichen Sprachkompetenz (17 Beratungsfälle) sowie Geschlecht (7 Beratungsfälle) und sexuelle Identität/LSBTIQ (7 Beratungsfälle) Beratungsgegenstand. In 2022 wurden bislang 42 Beratungsfälle verzeichnet.

Mehr Informationen auf der Ministeriumsinternetseite: <https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/ministerium/landesantidiskriminierungsstelle/>